

Trumps Endspiel in der Ukraine

Ein Rückzug der USA wird als Frieden getarnt werden.

20. August 2025 | Thomas Fazi

Obwohl das Treffen zwischen Donald Trump, Wolodymyr Zelensky und einer Reihe europäischer Staats- und Regierungschefs im Weißen Haus in dieser Woche keine greifbaren Ergebnisse gebracht hat, war es dennoch ein wichtiger Schritt in Richtung Frieden in der Ukraine. Zum ersten Mal einigten sich der ukrainische Staatschef und seine Amtskollegen in Europa darauf, den Krieg auf der Grundlage der Realitäten vor Ort zu diskutieren, anstatt sich auf Wunschvorstellungen zu stützen. Bis vor wenigen Monaten galt der Beitritt Kiews zur NATO von Seiten der europäischen Diplomatie und der NATO als nicht verhandelbar. Nun scheint diese Aussicht nicht nur endgültig vom Tisch zu sein, sondern die Diskussion hat sich zum ersten Mal von der „territorialen Integrität“ der Ukraine hin zu möglichen „territorialen Zugeständnissen“ verlagert.

Der Gipfel am Montag brachte Trump sogar Lob von den sonst eher kritischen Mainstream-Medien ein. „Es war der beste Tag, den die Ukraine seit langer Zeit hatte ... Präsident Donald Trump gab einen vielversprechenden Einblick, wie er sich als Präsident profilieren könnte, indem er die Ukraine rettet, Europa sichert und sich den Friedensnobelpreis redlich verdient“, [schwärmte](#) CNN. Das Treffen hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn Trump nicht zwei Tage zuvor in Anchorage, Alaska, mit Putin zusammengetroffen wäre – was stattdessen fast einhellige Kritik von Ukraine-Unterstützern hervorrief, weil es Putin „legitimierte“. Aber diese sorgfältig inszenierte „Entdämonisierung“ Putins brachte eine dringend benötigte Dosis Realismus und Pragmatismus in die Diskussion.

Das Treffen in Alaska stellte den direkten Dialog zwischen den beiden größten Militär- und Atom-mächten der Welt offiziell wieder her. Es war das erste persönliche Treffen zwischen einem US-amerikanischen und einem russischen Präsidenten seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine und das erste Treffen dieser Art auf amerikanischem Boden seit fast zwei Jahrzehnten. Es markierte auch einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den USA und Russland, die seit 2022 ein seit dem Kalten Krieg nicht mehr gesehenes Maß an Feindseligkeit erreicht hatten.

Die Symbolik war sorgfältig inszeniert: vom Empfang auf dem roten Teppich und der zeremoniellen Fahrt in der amerikanischen Präsidentenlimousine bis hin zu Trumps informeller Anrede „Wladimir“. All dies sollte ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den USA und Russland einläuten. Für Moskau bedeutete es jedoch noch mehr. Der Gipfel war ein politischer Sieg. Der Anblick von Trump, der Putin empfing, entlarvte das Scheitern der westlichen Strategie, „Russland zu isolieren“ und „seine Wirtschaft zu lähmen“.

Russland ist keineswegs marginalisiert worden, sondern ist gestärkt daraus hervorgegangen: Es hat seine strategischen Beziehungen zu China vertieft, seinen Einfluss unter den Staaten des Globalen Südens ausgebaut und das Sanktionsregime überstanden, das seine Wirtschaft zerstören sollte.

Allein durch den Händedruck mit Putin hat Trump anerkannt, dass Russland nach wie vor eine Macht ist, mit der man rechnen muss, und kein Paria-Staat.

Noch bedeutsamer: Der Gipfel räumte indirekt ein, dass der Westen diesen Krieg faktisch verloren hat. Die ukrainischen Streitkräfte können die von Russland annektierten Gebiete nicht zurückerobern. Im Gegenteil, Moskau rückt weiterhin schrittweise auf dem Schlachtfeld vor. Daher ist eine Verhandlungslösung der einzig mögliche Ausweg aus dem Konflikt – eine Lösung, die zwangsläufig territoriale Zugeständnisse mit sich bringen würde: die Krim sowie die vier annektierten östlichen und südlichen Oblaste.

Dies erklärt vielleicht, warum Trump in aller Stille von seinen zahlreichen Drohungen gegenüber Russland in den vergangenen Wochen Abstand nahm. Im Juli setzte er Russland eine 50-tägige Frist, den Krieg zu beenden, andernfalls müsse man mit „schweren wirtschaftlichen Konsequenzen“ rechnen. Putin ignorierte diese Frist. Trump verkürzte die Frist auf zwölf Tage. Putin reagierte nicht. Selbst am Vorabend des Gipfels in Alaska bestand Trump noch auf einem Waffenstillstand als Mindestziel. Putin hatte jedoch klargestellt: Russland hat kein Interesse an einem Waffenstillstand, der es der Ukraine ermöglichen würde, mit westlicher Unterstützung aufzurüsten und ihre Verteidigung zu stärken.

Moskaus Forderungen gingen zudem stets weit über die Frage der territorialen Anerkennung hinaus. Es strebte eine umfassende Lösung an, die die „primären Wurzeln des Konflikts“ angeht, wie Moskau in Anchorage wiederholte: dass die Ukraine niemals der NATO beitreten wird, dass der Westen sie nicht in einen de facto militärischen Außenposten an der russischen Grenze verwandeln wird und dass ein umfassenderes „Sicherheitsgleichgewicht in Europa“ wiederhergestellt wird. Selbst die kriegslüsterne [New York Times](#) räumte kürzlich ein: „Das übergeordnete Ziel des russischen Führers ist in erster Linie ein Friedensabkommen, das seine geopolitischen Ziele erreicht – und nicht unbedingt die Eroberung eines bestimmten Territoriums auf dem Schlachtfeld.“

Um Putin unter Druck zu setzen, drohte Trump zudem mit Sekundärsanktionen gegen Käufer russischen Öls – darunter China und Indien. Beide Länder wiesen die Drohung jedoch umgehend zurück und machten deutlich, dass solche Maßnahmen wirkungslos wären. Die Sanktionen hätten Moskau keineswegs isoliert, sondern Peking und Neu-Delhi nur noch näher an Russland herangeführt.

Nach Anchorage gab Trump seine beiden ursprünglichen Positionen auf. Er erklärte, ein Friedensabkommen sei einem Waffenstillstand vorzuziehen und Sekundärsanktionen seien vom Tisch. Für Putin war dies ein großer Sieg. Für die USA war es ein implizites Eingeständnis, dass Washington nicht über den nötigen Einfluss verfügt, um Bedingungen durchzusetzen. In Trumps Worten: „Es hat einfach nicht die Karten in der Hand.“ Dies war ein unverblümtes Eingeständnis des geschwächten militärischen und wirtschaftlichen Einflusses der USA und des gesamten Westens.

Ein umfassendes Friedensabkommen ist jedoch weiterhin nicht in Sicht. In Alaska wurden keine Bedingungen vereinbart, vor allem weil Europa – und Zelensky selbst – weiterhin gegen eine Einigung zu russischen Bedingungen sind. Die europäischen Staats- und Regierungschefs sind derart von der „Siegeserzählung“ überzeugt, dass es selbstmörderisch wäre, auch nur einem Teil der russischen Forderungen nachzugeben. Nachdem sie ihren Bürgern zwei Jahre lang versichert haben, die Ukraine würde den Krieg gewinnen, können sie nicht plötzlich umschwenken, ohne mit öffent-

licher Empörung konfrontiert zu werden – insbesondere angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges auf die europäischen Volkswirtschaften.

Doch das tiefere Problem ist struktureller Natur: Die europäischen Staats- und Regierungschefs stützen sich mittlerweile auf das Schreckgespenst einer permanenten russischen Bedrohung, um ihre fortschreitende Aushöhlung der Demokratie zu rechtfertigen – von der Ausweitung der Online-Zensur über die Verfolgung abweichender Meinungen bis hin zur Absage von Wahlen, alles unter dem Vorwand, gegen „russische Einmischung“ vorzugehen.

Auch Zelensky hat Gründe, sich gegen einen Frieden zu stellen. Ein Ende des Krieges würde die Aufhebung des Kriegsrechts in der Ukraine bedeuten und seine Regierung dem aufgestauten Unmut über Korruption, Repression und die katastrophale Kriegsführung aussetzen. Tatsächlich ergab eine [aktuelle Umfrage](#), dass die Ukrainer selbst zunehmend Verhandlungen endlosen Kämpfen vorziehen. Kein Wunder, dass der Gipfel in Alaska in europäischen Hauptstädten wie auch in Kiew Panik auslöste.

Vielleicht erklärt dies, warum bei den Diskussionen am Montag die heikelste Frage – territoriale Zugeständnisse – sorgfältig umgangen wurde. Zelensky und die Europäer drängten stattdessen auf Sicherheitsgarantien für die Ukraine „im Stil von Artikel 5“ und behandelten die Ukraine damit de facto als NATO-Mitglied, auch wenn sie formal keins ist. Russland hat zwar grundsätzliche Offenheit gegenüber westlichen Sicherheitsgarantien signalisiert, der Teufel steckt jedoch im Detail.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs forderten eine rechtlich bindende Beteiligung und Unterstützung der USA – etwas, das weder Moskau noch Washington angesichts des Risikos einer direkten Konfrontation bieten werden.

Noch weniger akzeptabel ist für Russland ein Abkommen, das eine militärische Präsenz der NATO in der Ukraine vorsieht, wie es von Großbritannien und Frankreich ins Spiel gebracht wurde. Die europäischen Staats- und Regierungschefs scheinen eine Strategie verfolgt zu haben, die einerseits Offenheit für eine Einigung signalisiert, andererseits durch ihre Bedingungen sicherstellt, dass ein solches Abkommen realistischerweise nicht zustande kommen kann.

Grundsätzlich ist es jedoch unwahrscheinlich, dass Trump selbst bereit ist, Putins Forderung nach einer umfassenden Neugestaltung der globalen Sicherheitsordnung nachzugeben – einer Neugestaltung, die die Rolle der NATO schwächen, die Vorherrschaft der USA beenden und eine multipolare Welt anerkennen würde, in der andere Mächte ohne westliche Einmischung aufsteigen können.

Trotz all seiner Rhetorik über die Beendigung „ewiger Kriege“ hält Trump weiterhin an einer grundlegend übermächtigen Vision der Rolle Amerikas in der Welt fest – wenn auch einer pragmatischeren als die des liberal-imperialistischen Establishments. Seine Regierung unterstützt weiterhin die Aufrüstung der NATO und sogar die Verlegung von US-Atomwaffen an mehreren Fronten, vom Vereinigten Königreich bis zum Pazifik.

Trumps Politik gegenüber China, dem Iran und dem Nahen Osten bestätigt, dass Washington sich nach wie vor als Imperium versteht, dessen globale Vorherrschaft um jeden Preis erhalten bleiben muss – nicht nur durch wirtschaftlichen Druck, sondern auch durch militärische Konfrontation, wenn dies als notwendig erachtet wird.